

Bildung

Bildung ist ein Querschnittsthema. Die Verbesserung der Bildungschancen ist eine der wichtigen Herausforderungen an die Kommunalpolitik. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig ihrer sozialen Herkunft die gleichen Bildungschancen in unserer Stadt erhalten. Deshalb wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Fördermöglichkeiten in Kitas und Schulen verbessern. Für uns bedeutet das auch, dass der gesamte Bereich Bildung in einer Hand liegt – von der Frühförderung bis zur Erwachsenenbildung. Wir fordern daher die **Einrichtung eines selbstständigen Bildungsdezernats**, das die Aufgaben des derzeitigen Schuldezernats, aber auch Aufgabenbereiche des derzeitigen Sozialdezernats übernimmt. Nur so können wir diesem wichtigen Thema gerecht werden.

Bildung beginnt in der Kita

Seit dem 1. August 2013 gilt in Hamm, wie auch in anderen Kommunen, der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres. Wir wollen die Kinder nicht bloß in den Kitas verwahren, sondern die Chance nutzen die frühkindliche Förderung zu verbessern. So können wir schon früh die Weichen für gleiche Bildungschancen für alle Kinder stellen. Bildungsgerechtigkeit bedeutet auch eine Steigerung der Qualität in der Kinderbetreuung.

Deshalb fordern wir

- einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und somit eine verbesserte Betreuung entsprechend der individuellen Bedürfnisse der Kinder;
- einheitliche Qualitätsstandards in Kitas;
- frühkindliche Bildung für alle Kinder und damit einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr.

Transparente Schulentwicklungsplanung

Aber nicht nur die Situation in den Kitas verändert sich, sondern auch die Schullandschaft an sich. Die Bewertung von Schulabschlüssen durch Gesellschaft und Arbeitsmarkt verschiebt sich immer mehr. Mit Blick auf die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen in Hamm scheint sich dieser Trend auch im Elternwillen widerzuspiegeln. Gleichzeitig stehen die Bildungseinrichtungen vor neuen (An)Forderungen durch Eltern und Politik. Die individuelle Förderung der Schüler*innen ist ebenso zu gewährleisten wie die Umsetzung der Inklusion. Letztere stellt eine humane und gesellschaftliche Notwendigkeit dar.

Diesen Herausforderungen stellen wir uns. Sie bilden den Rahmen für die Schulentwicklung in den nächsten sechs Jahren.

Dabei legen wir großen Wert auf Bürgerbeteiligung. Denn Bildung geht alle an. Deswegen möchten wir die Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen in Entscheidungsprozesse einbinden und eine Bürgerfragestunde im Schul- und Sportausschuss einrichten.

Für eine inklusive Bildungslandschaft

Gerade die Realisierung der Inklusion wird die bisherige Schullandschaft gehörig verändern. Wir wollen den Ansprüchen aller Beteiligten gerecht werden und die Umsetzung an den Hammer Schulen begleiten.

Deshalb fordern wir

- die Errichtung von Schwerpunktschulen;
- das Beibehalten von Förderschulen mit verschiedenen Schwerpunkten als Alternativangebot;
- die Umsetzung der Barrierefreiheit und die Schaffung weiterer baulicher Voraussetzungen an allen Schulen;
- eine regelmäßige Evaluation des Inklusionsprozesses;
- eine umfassende Berichterstattung über die Realisierung des Rechtsanspruches und den daraus resultierenden Konsequenzen nach dem ersten Jahr.

Bildung ist die Chance

Aber auch in anderen Bereichen wandelt sich die Schullandschaft. Schulstandorte mussten aufgegeben werden, die Sekundarschule als neue Schulform wurde eingeführt, das Angebot der Offenen Ganztagschulen (OGS) ausgeweitet.

Wir finden, dass kurze Beine kurze Wege brauchen. Daher müssen Grundschulen in den Stadtteilen erhalten bleiben. Schüler*innen weiterführender Schulen müssen diese in angemessener Nähe vorfinden. Vor allem brauchen Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen langfristige Planungssicherheit. Der Bestand, das soziale Umfeld einer Schule, das Wahlverhalten der Eltern und die Bausubstanz der Gebäude müssen daher in die Planungen der Verwaltung einbezogen werden.

Der gemeinsame Schulunterricht bis zur Klasse 10 stellt weiterhin eine Zukunftsoption dar. Dabei sollte aber der Elternwillen jederzeit berücksichtigt werden und die Auswirkungen auf die Schullandschaft geprüft werden.

Zudem sollten alle Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt unabhängig von der Schulform einen Abschluss erhalten können, der auch anerkannt und wertgeschätzt wird. Dementsprechend unterstützen wir die individuelle, qualifizierte Förderung durch überschaubare, effiziente Förderangebote, auch in der OGS. Wir alle sind verpflichtet langfristige Maßnahmen zu ergreifen, die das Bildungsgefälle in dieser Stadt beseitigen. Daher sollten auch Einwohner*innen einen Schulabschluss erreichen können, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Schulpflicht bereits beendet haben. Die Möglichkeit Schulabschlüsse an der VHS nachzuholen muss daher bestehen bleiben und gefördert werden.

Deshalb fordern wir

- wohnortnahe Schulstandorte;
- gemeinsamen Unterricht bis zur Klasse 10 als Zukunftsoption;
- vermehrte Kooperationen zwischen Kitas und Schulen und Handel und Gewerbe, aber auch sozialen und kulturellen Einrichtungen;
- Schulsozialarbeit für alle Schulen, insbesondere für Grund- und Realschulen, aber auch an den Gymnasien;
- die Möglichkeit eine Ganztagschule zu besuchen, unabhängig von der jeweiligen Schulform, die das Kind besucht;
- einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel, um die Betreuung

- entsprechend der individuellen Bedürfnisse der Kinder in der OGS zu optimieren;
- die Anpassung der Öffnungszeiten der OGS an die Zeiten der Kitas (7.00 Uhr bis 17.00 Uhr);
 - die Möglichkeit für Schulen ihre außerschulischen Partner der OGS entsprechend noch näher festzulegender Qualitätskriterien selbstständig zu wählen;
 - die Bereitstellung ausreichender finanzieller und räumlicher Ressourcen für die OGS durch die Kommune;
 - einheitliche Qualitätsstandards in der OGS;
 - ein Recht auf Bildung und Ausbildung für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in dieser Stadt.

Für gesunde und soziale Schulen

Bildung bedeutet jedoch so viel mehr. Kinder brauchen ein gesundes Lernumfeld. Dazu gehören schadstofffreie, sanierte Schulgebäude ebenso wie Schulgebäude, in denen sich die Schüler*innen wohlfühlen können. Wir möchten den Kindern in Hamm die bestmöglichen Zukunftschancen eröffnen und sie zu verantwortungsbewussten Mitgliedern unserer Gesellschaft erziehen.

Deshalb fordern wir

- weitere städtische Angebote an Schulen zur Arbeit gegen den Rechtsextremismus;
- die Begrünung und ökologische Ausrichtung von Schulen und Schulhöfen;
- eine konsequente Weiterführung und Dokumentation der Schadstoffuntersuchungen und –sanierungen;
- die Aufstockung der Schulbudgets angesichts der Inflationsrate und der veränderten Aufgaben der Schulen.

Es muss außerdem geklärt werden, inwieweit der Veränderung der Schullandschaft die Sanierung von Schulgebäuden der letzten Jahre auf Grund zu spät einsetzender Planung entgegensteht und wie freiwerdende Gebäude nach genutzt werden können.